

Justizminister François Biltgen zu Gast beim TIGFI

# Luxemburg hat seine GAFFI-Auflagen erfüllt

Noch bis 2010 hatte Luxemburg aufgrund seiner angeblich zu laschen und toleranten Gesetzgebung im Zusammenhang mit den über den Finanzplatzgetätigten internationalen Finanztransfers im Fokus und unter dem Druck des GAFFI gestanden, der auf eine Verschärfung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen gedrängt hatte. Mit dem schönen Spaß, den sich einige konkurrierende Finanzplätze, darunter auch namhafte EU-Adressen, durch die Vermittlung des Eindrucks hatten erlauben wollen, Finanzplätze wie Luxemburg seien im Endeffekt verantwortlich für die internationale Finanzkrise, haben sich einige davon ja mittlerweile eine schöne Blamage eingehandelt, weil sie selbst mitsamt ihren ach so rigiden Regeln an den Rand der Seriosität gerutscht sind.

Sei's drum, Luxemburg hat mit seiner im Juli dieses Jahres verabschiedeten Gesetzgebung noch offen stehende Probleme geklärt und damit absolut den Anforderungen des „Gruppe

d'Action Financière“ (GAFFI) entsprochen, wie Justizminister François Biltgen gestern Mittag auf Einladung von „The Institute for Global Financial Integrity“ (TIGFI) unterstrich.

## Neues Gesetz erfüllt seinen Zweck

Biltgen erinnerte daran, dass der Finanzplatz Luxemburg im letzten Jahrzehnt immer stärker unter internationalen Druck geraten sei, obwohl man sich immer wieder rechtzeitig darum bemüht habe, den internationalen Verpflichtungen gegen Geldwäsche und internationale Terrorismusfinanzierung zu nach zu kommen.

Aus verschiedenen – rein formalen – Gründen habe man sich mit der jüngsten Gesetzgebung etwas schwer getan. Ein erster Textentwurf sei einerseits dem GAFFI nicht weit genug gegangen, habe andererseits aber auch die massive Opposition von

Bankenkreisen und vor allem Staatsrat zur Folge gehabt, so dass schon zu Beginn der parlamentarischen Arbeit an diesem Projekt die Gewissheit durchkam, dass man die Textfassung von Grund auf überarbeiten müsse.

## Erfolg durch Kooperation und Konzentrierung

Dazu habe er als zuständiger Minister selbst die Zusammenarbeit mit dem Parlament gesucht, so François Biltgen, um möglichst effizient einen gangbaren Weg finden zu können. Seine plötzliche Erkrankung im Laufe des vergangenen Jahres habe ihm dann aber einen Strich durch die Rechnung gemacht und seine Mitarbeit zumindest über einen längeren Zeitraum hinweg in Frage gestellt.

Das Gesetz, das nach langer und harter Vorbereitungsarbeit am Ende verabschiedet wurde, habe nicht nur die Akteure am Finanzplatz überzeugt, sondern auch den GAFFI selbst,

der mittlerweile sogar auf luxemburgische Justizbeamte zurückgreife, um die Situation in anderen Ländern prüfen zu lassen, so François Biltgen.

Er sieht darin auch einen klaren Beweis dafür, dass man in der Zwischenzeit offenbar doch eingesehen habe, dass Luxemburg mit offenen Karten zu spielen bereit war und auch selbst zu mehr Transparenz bei den internationalen Kapitalflüssen habe beitragen wollen.nd.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes komme es jetzt vor allem auf eine konsequente und fortgesetzte, an die sich ständig verändernden Bedingungen angepasste Umsetzung an. Vor allem mit Rücksicht auf die Situation der Bankenmitarbeiter sei ein gemeinsamer Beratungsausschuss gebildet worden, in dem über die Bedürfnisse und Anforderungen aller Beteiligten diskutiert und entsprechend allgemein gültige Entscheidungen vorbereitet werden können. > nd.